

Teure Illusion: BIG-Budgetmaßnahmen kosten den Staat Millionen!

Die geplanten Budgetmaßnahmen der Regierung in Wien könnten höhere Kosten als Einsparungen für die BIG verursachen. Eine Analyse.



Vienna, Österreich - Am 13. Juni 2025 stehen die geplanten Budgetmaßnahmen der Regierung in der Kritik. Insbesondere die Bundesimmobiliengesellschaft (BIG) könnte durch die aktuelle Aussetzung der Mietindexierung vor finanziellen Herausforderungen stehen. Laut einem Bericht von **vienna.at** könnten die vorgesehenen Einsparungen in Höhe von 47 Millionen Euro pro Jahr für die Ministerien möglicherweise mit höheren Kosten verbunden sein. Die Auswirkungen dieser Maßnahmen auf die finanzielle Bilanz der BIG und die staatlichen Einnahmen sind erheblich.

Die Aussetzung der Indexierung wird als problematisch eingeschätzt, da sie das Betriebsergebnis der BIG

beeinträchtigen und somit auch die Ausschüttung an den Bund reduzieren würde. Über einen Zeitraum von vier Jahren wird geschätzt, dass dem Bund etwa 260 Millionen Euro entgehen könnten. Die Maßnahme würde demnach netto 70 Millionen Euro mehr kosten als sie einsparen würde, was weitere Diskussionen über die Nachhaltigkeit der aktuellen Haushaltsplanung anheizt.

Finanzielle Folgen der Mietindexierung

Die BIG, die rund 2.000 Liegenschaften, darunter Bundesverwaltungsgebäude, Schulen und Universitäten sowie Wohn- und Gewerbeimmobilien verwaltet, steht vor einer Wertberichtigung ihres Portfolios. Dies könnte zu einer schlechteren Bonität und ungünstigeren Finanzierungsbedingungen führen. Das Ministerium überlegt zudem, eine Sonderdividende an den Bund auszuschütten, die allerdings nur einen einmaligen Effekt hätte. Langfristige Konsequenzen durch die Wegnahme der Mietindexierung hingegen sind nicht auszuschließen.

Die Situation wird durch die geplanten Änderungen im Mietrecht komplizierter. Laut Informationen von **anwalt.de** zielen die Reformen auf einen Ausgleich zwischen Mieterschutz und Investitionsanreizen für Vermieter ab. Ein wesentlicher Teil ist die geplante Verlängerung der Mietpreisbremse um vier Jahre in angespannten Wohnungsmärkten.

Regulierung der Mietpreise

Zusätzlich sind Reformen zur Modernisierungumlage und zur Regulierung von Indexmieten geplant. Diese sollen sicherstellen, dass von Vermietern gestellte Mieterhöhungen rechtmäßig sind. Mieter haben beispielsweise die Möglichkeit, die Rechtmäßigkeit solcher Erhöhungen zu prüfen, was eine wichtige Schutzmaßnahme darstellt. Die Regelungen besagen, dass eine Indexmiete in der Regel nur alle 12 Monate erhöht werden darf, und nur der Verbraucherpreisindex für die Berechnungen herangezogen werden sollte, wie **immo.info** anmerkt.

Ein weiterer Aspekt sind die erweiterten Auflagen zur Regulierung von Kurzzeitvermietungen und möblierten Wohnungen, die helfen sollen, Missbrauch zu verhindern. Die Einführung einer Bußgeldregelung für Verstöße gegen die Mietpreisbremse ist ebenfalls Teil der neuen gesetzlichen Maßnahmen.

Insgesamt deutet sich an, dass die kommenden Monate für Mieter und Vermieter entscheidend sein werden. Die Reformen könnten sowohl positive als auch negative Auswirkungen auf den Wohnungsmarkt und die finanzielle Gesamtsituation der BIG haben. Ein sorgfältiger Umgang mit den geplanten Maßnahmen wird notwendig sein, um die Balance zwischen finanzieller Stabilität und dem Bedarf an dringend benötigtem Wohnraum zu wahren.

Details	
Ort	Vienna, Österreich
Quellen	<ul style="list-style-type: none">• www.vienna.at• immo.info• www.anwalt.de

Besuchen Sie uns auf: die-nachrichten.at